251 Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 29. Januar 1931 — Nummer 24

Revolutionäre Einheitsfront gegen Faschismus!

12 Fragen an sozialdemokratische Arbeiter

Die Crispien, Stampfer und Toni Sender sollen morgen Rede und Antwort stehen!

Wir fragen!

Dresden, 29. Januar

Morgen, so teilt die Dresdner SPD-Presse mit, werden Crispien, Stampfer und Tony Sender in Dresden „gegen die braune Mordpest" sprechen. Das Dresdner Proletariat, das gerade in den letzten Wochen, ob parteilos, sozialdemokratisch oder kommunistisch, Schulter an Schulter gegen den Faschismus kämpfte, wünscht keine billigen Phrasen zu hören, hinter denen sich nur die Absichten zur Sprengung der revolutionären Einheitsfront verbergen; es fordert von den Crispien, Stampfer und Tony Sender restlose Klarheit über ihre Stellung in allen Fragen, die den Kampf gegen den Faschismus betreffen. Wir fragen die Crispien, Stampfer und Tony Sender, die Edel, Geiser und Müller, wir wenden uns ernst und kameradschaftlich an die sozialdemokratischen Arbeiter:

Heißt es kämpfen gegen die braune Mordpest ...

Wenn in Hamburg der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder in die Arbeiter feuern läßt, als diese vor dem Versammlungsgebäude provozierender Hakenkreuzler demonstrieren?

Wenn Severing den RFB verbietet, die Terrororganisationen der Faschisten ungehindert läßt, gegen die streikenden Arbeiter an der Ruhr und in Oberschlesien Maschinengewehre einsetzt genau so wie Frick in Thüringen?

Wenn Hörsing die Kommunisten mit den Faschisten auf gleiche Stufe stellt, die Reichsbannerleute gegen revolutionäre Arbeiter hetzt und sie zur Verteidigung einer Republik aufruft, in der ein Nazi-Frick Minister sein kann?

Wenn die „linken" SPD-Führer die Arbeiter auffordern, „Disziplin zu halten", nur „mit geistigen Waffen zu kämpfen", bei faschistischen Demonstrationen zu Hause zu bleiben, während die braune Mordpest zum offenen Angriff übergeht, zum Sturm auf Gewerkschaftshäuser wie in Bautzen, Großenhain, Hannover, zum hinterhältigen Mord an sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern wie in Köln, Berlin usw.?

Wenn Herr Stampfer, Chefredakteur des Vorwärts, von den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, die in Radeberg unter blutigen Opfern gegen die Faschisten kämpften, im Vorwärts vom 27. d. M. zynisch von „Schlägerabteilungen beider Parteien" spricht, die „überreichlich zu tun hatten, um sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen"?

Wenn die Dresdner Volkszeitung die kommunistischen Arbeiter, die Seite an Seite in Dresden, Bautzen, Großenhain und Radeberg mit den Reichsbannerarbeitern gegen die Faschisten kämpften, wörtlich als „Kommunisten" und „Kaschemmenbrüder" bezeichnet, denen „das Messer lose im Gürtel sitzt"?

Heißt es kämpfen, wenn die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion einschließlich der Tony Sender und Crispien der Diktaturregierung Brüning das Vertrauen ausspricht, deren Politik vor den Reichstagswahlen im Klassenkampf, dem theoretischen Organ der sächsischen SPD, als „Politik der Verruchtheit" bezeichnet wurde?

Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Sturz des Schieck-Kabinetts verhindert, die trotz Landtagsbeschluß sich weigert, die beschlossene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen in Höhe von 18 Millionen Mark zur Auszahlung zu bringen?

Wenn die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Dresdens den Schund- und Schmutz-Külz zum Oberbürgermeister vorschlägt, der der Schöpfer des berüchtigten Schund- und Schmutzgesetzes ist, mit dessen Hilfe z. B. der Remarque-Film verboten wurde?

Wenn Severing und Braun in Preußen, genau so wie Frick in Thüringen, die Diktatursteuern Brünings eintreiben und Severing durch Ernennung eines Diktators für die Stadt Berlin allen Reaktionären Deutschlands ein führendes Beispiel für den Raub des Selbstbestimmungsrechtes der Kommunen gibt?

Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Sachsen bei den Metallarbeitern, bei Gas- und Gemeindearbeitern und Eisenbahnern dem kapitalistischen Schiedsspruch zustimmen, von dem Seydewitz in der letzten Nummer des Klassenkampf behauptet, daß er die Unternehmerinteressen schärfer „zur leichteren Bildung faschistischer Zellen in den Arbeiterschaften selbst"?

Wenn die SPD-Presse in gemeinsamer Front mit der kapitalistischen und faschistischen Presse in der widrigsten Weise gegen Sowjetrußland hetzt, das von Interventionsgelahren umlauert, mit heroischer Anstrengung der Arbeiter und werktätigen Bauern das Aufbauwerk des Fünfjahrplanes vollzieht, während die kapitalistische Welt das werktätige Volk in Hunger und neue Kriegsabenteuer stürzt?

Auf diese Fragen verlangt das Dresdner Proletariat morgen klare Antwort. Klare Antwort werden die kommunistischen Redner verlangen. Kein Arbeiter wird auf eine Provokation hereinfallen, wenn es die Leitungen versuchen sollten, um der Beantwortung unserer Fragen sich zu entziehen. Worauf es uns einzig und allein ankommt, das ist: Nicht dulden, daß hinter radikalsten Phrasen die faktische Aufrechthaltung des faschistischen Regimes durch die SPD-Politik verborgen bleibt; nicht dulden, daß die kämpferische Einheitsfront zwischen den Proletariern aller Richtungen im Kampf gegen den Faschismus gesprengt wird. Wir glauben, daß der größte Teil der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter derselben Meinung sein wird wie wir.

Gegen den politischen

Mord-Mob

Es sprechen die Reichstagsabgeordneten u. Mitgl. d. Parteivorstandes **Crispien, Vogel, Tony Sender** und die Landtagsabgeordneten **Edel, Geiser, Müller**

Freitag, den 30. Januar
Kristallpalast
Watzkes Etablissement
Gasthof Leuben

Gegner erhalten 20 Minuten Redezeit

Volksgenossen! Wieder mit den politischen Mördern! Wieder mit dem politischen Mob! Hinein in die Versammlungen der SPD. Werdet Mitglied der SPD!

Eintritt 30 Pf., Erwerbslose, Zeitungsleser und Rentner 10 Pf.

SPD Groß-Dresden

Gegen die braune

Mordpest!

3 öffentliche Versammlungen

Freitag, abends 8 Uhr, im **Kristallpalast**, Schäferstr., in **Watzkes Etablissement**, Leipziger Straße, und im **Gasthof Leuben**

Es sprechen die Reichstagsabgeordneten **Crispien, Stampfer, Toni Sender** und die Landtagsabgeordneten **Edel, Geiser** und **Müller**, Leipzig.

Eintritt 30 Pf., Erwerbslose Parteigenossen und Rentner 10 Pf. Vorverkauf in allen Volksbuchhandlungen, im Dresdner Volkshaus, Hitzenbergstraße, im Volkshaus Dresden-Ost, Schandauer Straße 73, im Volkshaus Dresden-West, Hebbelstraße 35, im Arbeiterheim Trachenberge, Marienhofstraße 76, und im Kretzheim, Parkstraße.

Gegen wen wollen die Christpien, Sender und Stampfer sprechen? „Gegen die braune Mordpest", wie es zur Beruhigung der Leser in der Versammlungsanzeige (siehe rechts) der sozialdemokratischen Volkszeitung heißt, oder „gegen den politischen Mord-Mob" (siehe links), wie es an den Litfaßsäulen angekündigt wird. Das letztere Plakat verspricht nichts anderes als neben einem Scheinkampf gegen die braune Pest eine Hetze gegen alle Arbeiter, die in kühnem Gegenangriff sich des faschistischen Terrors erwehren. So wie es Hörsing macht! So wie es der Vorwärts des Herrn Stampfer schreibt, der die gemeinsam kämpfenden kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter von Radeberg als „überschüssige Schlägerabteilungen" beschimpft, die „bestrebt sind, sich die Köpfe blutig zu schlagen". SPD-Arbeiter, Reichsbannerkameraden! Duldet nicht, daß eure Führer Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, daß die proletarische Gegenoffensive gegen den Faschismus zum Stillstand kommt!

Sächsische Gemeindearbeiter! Alarm!

23 Prozent Lohnraub / Heute erneut Verhandlung / Bürokratie zu jeder Kapitulation bereit / Vorwärts zum Gegenangriff / Macht die Betriebe streikreif!

Der Reichsunternehmerverband kommunaler Betriebe hat für Westfalen, Köln-Stadt, Thüringen, Hannover, Ostmark, Ostpreußen, Bayern und Freistaat Sachsen die Bezirkslohntarife gekündigt. Dazu sind für eine ganze Reihe Angestellte die Tarife abgelaufen. Ueber die Kündigung der Tarife ist die Gewerkschaftsbürokratie scheinbar entrüstet. Im Dezember hat der Gesamtverband mit dem Reichsunternehmerverband in der Arbeitszeitfrage eine freie Vereinbarung getroffen, nach der die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben bis zu 40 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich gekürzt werden kann. Mit dieser Vereinbarung sollte erreicht werden, daß etwa 40 000 bis 50 000 Erwerbslose in den Gemeindebetrieben neu eingestellt werden. Trotzdem diese Vereinbarung schon im Dezember getroffen wurde, hat die Arbeiterschaft von Einstellungen noch nichts gemerkt. Aber ganz abgesehen davon, das Wichtigste dabei ist, daß diese Vereinbarung eine ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der Gemeindearbeiter bedeutet.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit von der 48-Stundenwoche auf 40 Stunden beträgt der Lohnausfall 16⅔ Prozent.

In der Gewerkschaftszeitung vom 17. Januar 1931 wird dazu geschrieben:

„Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß in einer großen Anzahl von Kommunen heute schon ganz erhebliche Verkürzungen der Arbeitszeit durchgeführt sind, Verkürzungen, die bis auf eine 24stündige Arbeitszeit pro Woche heruntergehen und — da in allen Fällen ein Lohnausgleich nicht gewährt wird — Herabsetzungen des Einkommens der davon betroffenen Arbeiter bis zu 20 Prozent zur Folge haben."

Hier wird offen zugegeben, daß ein Teil der Gemeindearbeiter die Hälfte seines Einkommens durch Kurzarbeit bereits eingebüßt hat. Mit einer Frechheit sondergleichen bettelt die Gewerkschaftsbürokratie, daß ihr Appell an die Solidarität der Mitgliedschaft, diese Opfer an Lohnausfall zu bringen, „nicht vergeblich gewesen" sei. Das ist eine Verhöhnung der gesamten Gemeindearbeiterschaft. Des weiteren will die Bürokratie durch diese Vereinbarung den Anschein erwecken, als hätten die Kollegen in den Gemeindebetrieben über diese [illegible] mitbestimmt, diesen und jene Zustimmung [illegible] Nichts ist falscher! Weder in den Betrieben noch in den Gewerkschaftsversammlungen ist darüber gesprochen worden. Der Gegenangriff [illegible]